

LANDTAG

Tiere rechtlich besser gestellt

VADUZ – Einstimmig verabschiedete der Landtag gestern die Initiative «Tiere sind keine Sache». Diese sieht beispielsweise vor, dass im Falle der Verletzung oder Tötung eines Haustieres, die Leistung einer Geldsumme als Genugtuung geltend gemacht werden kann, die sich auf den gefühlsmässigen Wert des Tieres für den Halter bezieht.

Beziehung zum Tier

Begründet wird die Initiative damit, dass die gesetzlichen Vorschriften betreffend Tieren aus Zeiten stammen, in denen Tiere weitgehend nur wie Sachen angesehen und auch so behandelt wurden. Diese Einstellung habe sich aber vor allem im Hinblick auf Haustiere, die nicht zu Vermögens- oder Erwerbszwecken gehalten werden, seit längerer Zeit grundlegend gewandelt, so die Initianten. Deshalb ist ein wichtiger Punkt im neuen Gesetz das Recht auf Leben der Tiere. Tiere sollen also nicht einfach mutwillig getötet werden können, sondern nur unter Angabe von vernünftigen Gründen. Ausserdem kann künftig für Heilungskosten für verletzte Tiere auch dann Schaden geltend gemacht werden, wenn diese den Wert des Tieres übersteigen. Bisher musste ein Autofahrer, der beispielsweise einen Hund angefahren hatte, lediglich für den Sachwert des Hundes aufkommen. Ausserdem können Richter künftig, im Falle der Verletzung oder Tötung eines Tieres, den gefühlsmässigen Wert angemessen berücksichtigen.

Sorgerecht

Bei einer Scheidung muss der Richter künftig ein Tier jener Partei zusprechen, der die bessere Unterbringung gewährleistet. Ausserdem wurden Massnahmen über den Verlust und das Finden eines Haustieres klar definiert. Auch wenn jemand in seinem letzten Willen ein Tier berücksichtigt, ist dieser Fall klar geregelt.

Alle Parteien dafür

Die Initiative, die von der VU eingereicht worden war, blieb bei der zweiten Lesung völlig unumstritten. Dies auch deshalb, weil sich auch die FDP eine entsprechende Änderung des Sachenrechtes auf die Fahne geschrieben und auch schon entsprechende Vorarbeiten geleistet hatte.

# Kein Schnellschuss

## Initiative über registrierte Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare verfrüht

VADUZ – «Bei der Schaffung einer staatlich anerkannten gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft sollte Liechtenstein keine Vorreiterrolle spielen», so die klare Haltung der stellvertretenden Abgeordneten Monica Bereiter-Amann. Die Mehrheit der Landtagsabgeordneten sprach sich aber dafür aus, die Erfahrungen aus den Nachbarstaaten abzuwarten und zu gegebener Zeit das Gesetz anzupassen.

• Doris Meler

Dass Homosexuelle in sozialen Belangen besser gestellt werden müssen, dies stellte im Landtag niemand in Frage. Vor allem in den Bereichen Erbrecht, Mietrecht, Sozialversicherungsrecht und der beruflichen Vorsorge befanden es die Abgeordneten für wichtig, dass entsprechende Gesetzesänderungen in die Wege geleitet würden. Allerdings, müssten diese genau durchdacht sein. Deswegen sprach sich Monica Bereiter-Amann dafür aus, die Vernehmlassungsberichte in der Schweiz zu diesem Thema



Monica Bereiter-Amann, stellvertretende Abgeordnete der FDP: «Die registrierte Partnerschaft muss von der Ehe deutlich abgegrenzt werden.»

abzuwarten, die in Kürze vorliegen sollten. «Damit hinken wir keineswegs unseren Nachbarstaaten hinten nach, sondern bemühen uns weiterhin, eine praktikable Lösung für Liechtenstein zu finden», so die Abgeordnete. Auch Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck wies darauf hin, dass diese Initiative für Liechtenstein ungeeignet sei, da sie sich zu stark an das skandinavische Recht anlehne. Dort hält sich das Gesetz über registrierte Partnerschaften sehr stark auf das Ehegesetz. «Eine registrierte Partnerschaft sollte nach Ansicht der Regierung eine spezifische rechtliche Ausgestaltung erfahren und sich nicht auf einer Gleichstellung mit der Ehe begründen», so Rita Kieber-Beck. Deshalb habe man sich auch in der Schweiz bewusst gegen das skandinavische Modell entschieden. Und zwar deshalb, um eine breite

Unterstützung in der Bevölkerung zu finden und den bestehenden Unterschieden zwischen Ehe und der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft Rechnung tragen zu können.

Grosse Enttäuschung

Initiant Paul Vogt (FL) bezeichnete die Antwort der Regierung als eine grosse Enttäuschung. Er warf der Regierung vor, eine konservative Weltanschauung zu vertreten. «Das einzige Argument, das gegen diese Initiative spricht, ist die Kollision mit ausländischem Recht, aber dieses Problem haben wir mit dem Ehe- und Scheidungsrecht auch», so der Abgeordnete. Gegen eine Anlehnung an das Schweizer Recht hatte Paul Vogt jedoch nichts einzuwenden, allerdings wolle er nicht, dass dieses Thema einfach unter den Teppich gekehrt werde. Ivo Klein (VU) monierte, dass jegliches Zuwarten einer Diskriminierung Homosexueller gleichkomme.

Landtagskommission abgelehnt

Auch Peter Sprenger (VU) betonte, dass er eine Anlehnung an das Schweizer Recht begrüssen würde. Allerdings forderte er, dass bereits jetzt eine Landtagskommission eingesetzt werde, um einen Vorschlag auszuarbeiten. Helmut Konrad (FBP) hielt dem aber entgegen, dass er es unfair finde, eine Landtagskommission auf den Weg schicken ohne das genaue Ziel zu kennen. Er sprach sich deshalb dafür aus, mit der Bestellung einer Kommission auch noch zuzuwarten, bis in der Schweiz klarere Resultate vorliegen würden.

Letztendlich wurden die Initiative, die im November 2001 von Paul Vogt eingereicht worden war, und auch die Bestellung einer Landtagskommission mit 13 zu 10 Stimmen abgelehnt.



Paul Vogt (FL) war enttäuscht über die Ablehnung der Initiative.

# Diskussion um die «Marke Liechtenstein»

## Interpellationsbeantwortung betreffend die Stiftung «Image Liechtenstein»

VADUZ – «Nach Jahren, ja Jahrzehnten des Improvisierens wird endlich der Versuch unternommen, das teils angeschlagene Liechtenstein-Bild im Ausland in enger Zusammenarbeit mit den wichtigsten Partnern aus der Wirtschaft und aus der Kultur zu korrigieren», freute sich Fraktionssprecher Markus Büchel (FBP). Die Stiftung «Image Liechtenstein wurde im Landtag breit diskutiert».

• Doris Meler

Mit der Gründung einer privatrechtlichen Stiftung sei im März des vergangenen Jahres die Basis

dafür geschaffen worden, dass alle Interessensgruppen in die Bemühungen zur Image-Verbesserung eingebunden werden könnten. «Damit wird einer Verzerrung der Öffentlichkeitsarbeit nach aussen vorgebeugt. Einzelinteressen werden den Gesamtinteressen untergeordnet», so Markus Büchel. «Liechtenstein ist das erste Land in Europa, welches nun über ein kohärentes Kommunikationskonzept verfügt, das von allen an der Imagearbeit für Liechtenstein wesentlichen Institutionen getragen wird», doppelte Johannes Kaiser (FBP) nach.

Noch nichts umgesetzt

Hugo Quaderer (VU) kritisierte allerdings, dass der Stiftungsrat der Stiftung «Image Liechtenstein» bisher kein einziges Projekt umgesetzt habe, dies, obwohl der Regierungschef immer auf die Dringlichkeit dieser Projekte gepocht habe. «Einzig das Liechtenstein-Portal ist vorhanden, sonst ist noch nichts geplant.» Ausserdem habe die Regierung verschiedene Instrumente aufgezeigt, mit welchen die «Marke Liechtenstein» in Zielmärkten positioniert werden soll, betonte Hugo Quaderer. Als Beispiel nannte er schriftliche Basisdokumente, Informa-

tionspakete für die Bürgerinnen und Bürger, Mediendienste, persönliche Kontaktaufnahme mit verschiedenen wichtigen Personen, Foren im In- und Ausland und die Sensibilisierung der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner im Ausland. Noch keines dieser Instrumente stehe wirklich zur Verfügung, so die Kritik.

Gute Vorarbeit wichtig

Regierungschef Otmar Hasler gab zu, dass die Umsetzung dieser ehrgeizigen Ziele doch mehr Zeit in Anspruch nehme als ursprünglich geplant. Allerdings sei hier eine gute Vorarbeit wichtig, so der Regierungschef. Ein sechsköpfiges Expertengremium mit Vertretern von Land, Wirtschaft und Finanzplatz habe eine Kommunikations-

strategie für Liechtenstein entwickelt, die jetzt im Stiftungsrat breit diskutiert werde. Dabei ist es dem Regierungschef wichtig, dass alle Vertreter hinter diesem Konzept stehen können. Ausserdem soll in Kürze eine Geschäftsstelle für die Stiftung «Image Liechtenstein» besetzt werden. Diese soll eigenständig, also nicht Teil der Landesverwaltung werden. Wenn diese Stelle besetzt sei, könne die Stiftung auch operativ tätig werden, so Otmar Hasler.



Johannes Kaiser (FBP) lobte die Einführung der «Marke Liechtenstein»

JUBILÄUM

Jubiläum im «Roxy-Markt»

BALZERS – Der «Roxy-Markt» in Balzers, einer von sechs Detaillisten mit Migros-Produkten im Fürstentum Liechtenstein, feiert vom 15. bis 17. Mai seinen fünfsten Geburtstag. Vom Donnerstag bis Samstag profitieren die Kundinnen und Kunden von fünffachen Cumulus-Punkten. Für Jung und Alt gibt es ein kleines Geschenk. Geöffnet ist der von Willi Maier geleitete Roxy-Markt jeweils von 8 bis 12.30 und von 13.30 bis 18.30 Uhr, am Samstag durchgehend von 8 bis 17 Uhr sowie am Sonntag durchgehend von 8 bis 18 Uhr. (Eing.)

ANZEIGE

aktenvernichter direkt vom importeur!

5 Jahre Garantie auf Bruch der Schneidwalzen  
1 Jahr Garantie auf alle Teile



schon ab CHF 135.-

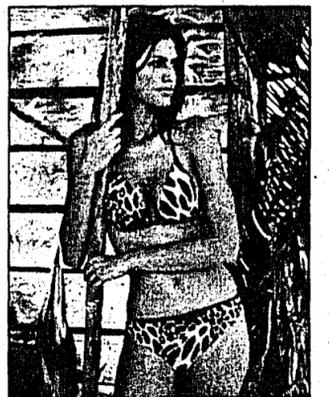
BURO MARKER G.m.b.H.  
st. gallerstrasse 10 9470 buchs  
fon 081/756 33 10  
mo - fr 13.30 bis 18.30 sa 9.00 bis 12.00

ANZEIGE



UNO-Jahr des Wassers 2003  
Die Bevölkerung wird zum sorgsamem Umgang mit der Ressource Wasser angehalten. Veranstaltungskalender und weitere Infos: [www.umweltamt.li](http://www.umweltamt.li)

ANZEIGE



PALMERS

AEULÉSTRASSE 51, 9490 VADUZ